

DIE „WENDE“ IN DEN BETRIEBEN DER DDR IM HERBST 1989 –  
EIN UNBEKANNTES TERRAIN

Renate Hürtgen

Nur zwölf Jahre sind seit dem Herbst 1989 vergangen und schon hat die Geschichtsschreibung ihr ganz eigenes Bild von dieser Zeit entworfen. Dabei haben sich auch Schwerpunktsetzungen und Bedeutsamkeiten des Verlaufs der sogenannten Wende verschoben, manche Ereignisse sind heute bereits aus dem historischen Gedächtnis verschwunden oder scheinen nicht wert, wieder entdeckt zu werden. Auf ein solches „terra incognita“ des Herbstes 1989, welches rasch auch zu einem „weißen Fleck“ in der Zeitgeschichtsschreibung werden könnte, soll hier aufmerksam gemacht werden.

Es ist inzwischen zum Allgemeinplatz geworden: Die „Wende“ in der DDR hat 1989 *auf der Straße* stattgefunden. In zahlreichen Aufarbeitungen der Ereignisse standen und stehen folglich diese Vorgänge im Zentrum der Aufmerksamkeit. Bald gab es die ersten Analysen der Montagsdemonstrationen und der Aktivitäten von Parteien und Bürgerbewegungen. Der DDR-Betrieb kam darin zunächst nur als Beispiel für den allgemeinen Staats- und Wirtschaftsbankrott vor. Die Veränderungen, die sich für die Belegschaften ergaben, erregten erst eine wissenschaftliche und allgemeininteressierte Öffentlichkeit, als sich im Frühsommer 1990 mit der veränderten politischen Lage für die West-Gewerkschaften die Perspektive abzeichnete, ihre betrieblichen Verbandsstrukturen in der DDR zu etablieren. Zu einem regelrechten Aufschwung des Interesses sollte es mit der nach dem 2. Juli 1990 nunmehr möglichen Wahl von Betriebsräten in den neuen Bundesländern kommen und den bald folgenden zahlreichen Übernahmen von Staatsbetrieben in Privathand. Der Grund für dieses aufflammende Interesse ist unschwer auszumachen: Im Zuge der Übernahme von Unternehmer- und Interessenvertretungsstrukturen der BRD wurde die Frage der Beibehaltung bisheriger Arbeitsbeziehungen, aber auch der Brauchbarkeit von in der DDR sozialisiertem Verhalten der Beschäftigten relevant. Wie gut oder schlecht würden sie sich in das neue Arbeitsregime einordnen? Welche brauchbaren Eigenschaften bringen sie aus ihrer Erfahrung aus dem Arbeitsleben in der DDR mit?

Im Rahmen solcher Rückschauen auf die Situation im DDR-Betrieb und auf die im Zuge der „Wende“ entstandenen Bedingungen für das Verhalten von Belegschaften wurde jedoch eine Phase betrieblicher Veränderungen bisher konsequent ignoriert: die Zeit zwischen dem Oktober 1989 und dem Februar 1990. Was in diesen Monaten hinter den VEB- und Kombinatstoren geschah, war bisher nur selten Gegenstand einer Untersuchung. In der sogenannten Wendeliteratur finden sich lediglich verstreut und ohne eigenständigen Kontext eine Reihe von Beispielen und Hinweisen auf betriebliche Ereignisse dieser Zeit.<sup>1</sup> Die we-

<sup>1</sup> Z. B. Christian Dietrich/Martin Jander, Die Ausweitung zum Massenprotest in Sachsen und Thüringen, in: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hansjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im

nigen, unmittelbar nach den Ereignissen einsetzenden Forschungen über betriebliche Veränderungen dieses Zeitabschnitts, sie teilweise auch begleitend, sind leider bald abgebrochen worden.<sup>2</sup> So gibt es heute zwar einige regionale Einzeluntersuchungen über Belegschaftsaktivitäten in den Betrieben aus dem Herbst 1989 sowie Forschungen zu verschiedenen Branchen – jedoch keine Arbeit, in der eine Gesamtschau, ein Überblick oder doch wenigstens eine Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse versucht wurde.<sup>3</sup>

Zudem – um die gerade geäußerte Kritik an der Wissenschaft etwas zu relativieren – war es das Gros der Oppositionellen und Bürgerbewegten selbst, das

---

Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999; Andreas Dornheim, Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90, Weimar-Köln-Wien 1995; Thomas Küttler, Die Wende in Plauen, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz, Weimar-Köln-Wien 1995; Stadtverwaltung Görlitz (Hg.), Wendezeit – Zeitenwende in Görlitz 1989. Begleitheft zur Sonderausstellung im Kulturhistorischen Museum Kaisertrutz, Schriftenreihe der Städtischen Sammlungen für Geschichte und Kultur Görlitz. Neue Folge, Heft 30, Görlitz o. J. (1999).

2 Z. B. Martin Jander/Stefan Lutz, „Die Gründung des Betriebsrates war eigentlich ein Mißverständnis“. Von der gescheiterten Idee der Betriebsgewerkschaft „Reform“ zur Gründung eines ohnmächtigen Betriebsrates im GRW-Teltow (Herbst 1989 – Sommer 1991), Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 77, Freie Universität Berlin. Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin, Dezember 1992; Jürgen Kädtler/Gisela Kottwitz, Betriebsräte zwischen Wende und Ende in der DDR, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 42, Freie Universität Berlin. Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin, Oktober 1990; Torsten Moritz; Betriebsratsgründungen in (Ost-)Berlin 1989/90. Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Hausarbeit zum PK 15 236. Gewerkschaften in und nach der Wende in der DDR. Sommersemester 1991 und Wintersemester 1991/92 (AG Betriebsebene), Berlin 1992; Renate Hürtgen, „Die Erfahrung laß ick mir nich nehmen!“ Demokratieversuche der Belegschaften in den DDR-Betrieben zwischen Oktober 1989 und Januar 1990, in: Bernd Gehke/Wolfgang Rüdtenklau, ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999.

3 Z. B. Carl Chung/Hans-Hermann Hertle (unter Mitarbeit von Franz-Otto Gilles und Jürgen Kädtler), Betriebsstudie BUNA. DFG-Projekt „Restrukturierung der industriellen Beziehungen in der chemischen Industrie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, November 2000, unveröff. Ms.; Franz-Otto Gilles, Am Ende blieb nur die Verpackung. Die Restrukturierung und Privatisierung der Filmfabrik Wolfen, FU Berlin. Forschungsstelle Diktatur und Demokratie. FB Politische Wissenschaft, POLHIST Nr. 6, Berlin, April 1998; Hans-Herrman Hertle/Franz-Otto Gilles, Struktur, Entwicklung und Probleme der chemischen Industrie in der DDR. Ein Rückblick, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 81, Freie Universität Berlin. Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin, April 1993; Der Versuch, eine unabhängige, freie Postgewerkschaft zu gründen, in: Andreas Dornheim/Stephan Schnitzler (Hg.), Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten, Erfurt 1995; Hans-Peter Müller/Manfred Wilke, Braunkohlepolitik der Steinkohlegewerkschaft. Die Energiepolitik der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie 1990 bis 1994, Berlin 1996; Astrid Segert, Wie ein streitfähiger Betriebsrat entsteht – Metamorphose einer realsozialistischen Arbeitnehmervertretung am Beispiel der Stahl- und Walzwerke Brandenburg GmbH, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 71, Freie Universität Berlin. Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin, Juli 1992; Günter Reski, Bei EKO haben wir die Wende am 5. Dezember eingeleitet, in: Arbeitsgruppe Stadtgeschichte (Hg.), Eisenhüttenstadt. „Erste sozialistische Stadt Deutschlands“, Berlin 1999.

1989 wenig Interesse an den Vorgängen und Aktionen in den Betrieben der DDR zeigte, und das heute die Bedeutung der Betriebe für die Demokratiebewegung 1989 immer noch unterschätzt. Und auch die Zeitzeugen, also die Menschen, die sich im Herbst 1989 in ihren Betrieben für den Aufbruch stark gemacht haben, drängen nicht gerade mit Artikeln, Berichten oder Memoiren in die Öffentlichkeit, um ihre Erlebnisse und Erfahrungen der Nachwelt zu übermitteln.

Auf den ersten Blick erscheint diese verbreitete Ignoranz sogar plausibel, denn die „Aufbruchsphase“ in den Betrieben dauerte nur wenige Wochen und zu einer Bewegung, die einen sichtbaren Einfluß auf das politische Geschehen im Land gehabt hätte, kam es nicht. Allerdings ist dieses Bild nie gründlich überprüft worden, und kein zweiter Blick wurde gewagt, der die betrieblichen Aktionen vom Herbst 1989 in ihrer Relevanz für die Gesamtbewegung untersuchte. Es drängt sich die Vermutung auf, daß die Ereignisse in den DDR-Betrieben gerade des Herbstes 1989 nicht dem herrschenden Verständnis von der „Wende“ in der DDR entsprachen. Dies könnte sowohl für die in dieser Zeit praktizierten Verhaltensweisen gelten, als auch für die von den Betriebsaktivisten entwickelten Vorstellungen, welche den einen zu „utopisch“, den anderen dagegen zu wenig alternativ zur marktwirtschaftlichen Entwicklung waren.

Es ist an der Zeit, solche und andere Urteile zu überprüfen, nicht zuletzt auch, um nicht sehenden Auges in jene Ecke der Geschichtsschreibung zu geraten, die nur interessiert, was sich am Ende durchsetzt, was Erfolg hat, und die ignoriert, daß derartige „Großereignisse“ wie die Revolution 1989 in der DDR wesentlich mehr Entwicklungsmöglichkeiten und Aktivitätsspektren hervorbrachten, als sich letztlich etablieren konnten. Dabei darf es allerdings auch nicht darum gehen, den Umfang und die Wirkung von Belegschaftsaktivitäten in den Betrieben der DDR im Herbst 1989 unzulässig aufzuwerten, um ihnen so nachträglich eine Bedeutsamkeit zu verleihen, die sie tatsächlich nicht hatten. Sie blieben minoritär, wenn auch nicht derart, wie es heute kolportiert wird. Und sie verloren rasch ihre anfänglichen, in der Tendenz sämtlich basisdemokratisch ausgerichteten Intentionen, um spätestens Ende 1990 in den Aufbau des westdeutschen Interessenvertretungsmodells zu münden.

Wenn hier dennoch dafür plädiert wird, diese Zeit betrieblichen Aufbruchs ins Gedächtnis zu rufen, geschieht das zunächst aus den folgenden Gründen: Zum einen waren mehr Belegschaftsangehörige an den ersten selbständigen Aktionen in ihren Betrieben beteiligt als allgemein angenommen. Dies ist bereits nach der einfachen Sammlung von verstreut in der „Wendeliteratur“ behandelten Beispielen von Belegschafts-Aktionen dieser Monate, einschließlich eigener Recherchen, festzustellen. Eine fehlende Öffentlichkeit und nicht vorhandene überbetriebliche Strukturen verhinderten jedoch, daß Informationen darüber nach außen drangen und damit überhaupt bekannt werden konnten. Eine derartige Unterpräsenz ist aber nicht zu verwechseln mit der Bedeutung, die dasselbe Ereignis für die handelnden Personen selbst bzw. für ihre unmittelbare Umgebung hatte. Um die Brisanz einschätzen zu können, die ein im Werk verteilter Aufruf, in dem vom Betriebsleiter die Offenlegung seiner Informationen gefor-

dert wird, für dessen Verfasser im Oktober 1989 hatte, sollte man sich vergegenwärtigen, daß zu dieser Zeit eine Arbeitergeneration in der DDR lebte, die derartige Formen der Meinungsäußerung nicht kannte. Sie hatte gelernt, Schwejsksche Bittbriefe zu schreiben und sich zu verweigern. Eine Forderung an die Leitung aber öffentlich zu formulieren, war ein unerhörtes, im Herbst 1989 zudem noch risikvoller Akt der Emanzipation. Risikvoll nicht zuletzt auch darum, weil der Betrieb in der DDR nicht nur kein herrschaftsfreier Raum war, sondern im Gegenteil der Ort, an dem die Strukturen von Herrschaft und Disziplinierung besonders gut ausgebaut worden waren. Sie lagen für jedermann offen, waren durchaus personifizierbar, was in den „Wendetagen“ dazu führen sollte, daß der fehlende Schutz der Anonymität im Betrieb den Schritt in die Opposition dort sehr viel schwerer machte.

Zum anderen sind in diesen ersten Wochen des betrieblichen Aufbruchs Formen und Inhalte ausprobiert worden, die es lohnt, genauer zu betrachten. Noch kaum beeinflusst von dem „nebenan“ praktizierten westdeutschen Vertretungsmodell, stellten sie ein Konglomerat aus erinnerten Praktiken früherer Zeiten und dem aktuellen Bedarf spontan entstandener Vorstellungen dar. An ihnen ist nicht nur der Zeitgeist abzulesen, sie enthalten im besten Sinne utopische Elemente, weil ihre Akteure noch unbeirrt von allen kommenden Entwicklungszwängen mit den Möglichkeiten einer künftigen Interessenvertretung experimentierten.

Im November 1999 fand in Berlin die Tagung „Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannt Seite der DDR-Revolution“, des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung statt, auf der sich ehemalige Aktivisten einer betrieblichen „Wende“ zum ersten Mal nach zehn Jahren trafen, um ihre Erfahrungen zu rekapitulieren und zu resümieren. In diesem Jahr erscheint der Tagungsband mit dem Veranstaltungsprotokoll, zahlreichen Dokumenten und einigen analytischen Artikeln, in denen der Versuch unternommen wird, eine erste Bilanz zu ziehen.<sup>4</sup> Diese intensive Beschäftigung mit den Vorgängen in den Betrieben im Herbst 1989, namentlich mit den Aktivitäten, die von den Belegschaften ausgingen, hat nicht nur neue Einsichten hervorgebracht, sondern auch neue Fragen aufgeworfen und Forschungslücken sichtbar gemacht. Alles in allem läßt sich jetzt genauer formulieren, worin die Bedeutung dieses Themas für die zeithistorische Forschung besteht und in welche Richtung es sich lohnt, die Untersuchungen vorzunehmen.

1. Die Frage nach dem Umfang von Belegschaftsaktivitäten im Herbst 1989 ist bisher noch nicht einmal nachdrücklich gestellt worden. Stereotyp wird wiederholt, es habe in der DDR eine „Freizeitrevolution“ stattgefunden, in der das Betriebsgeschehen eine zu vernachlässigende Größe sei. Tatsächlich aber läßt bereits die Zusammenführung aller zu diesem Thema erschienenen Unter-

suchungen diese Aussage zweifelhaft erscheinen. Die darin beschriebenen über achtzig Beispiele belegen, daß in vielen Betrieben in der DDR derartige Aktivitäten, auch dort eine „Wende“ herbeizuführen, zu registrieren sind. Diese reichen von der Umfunktionierung einer Vertrauensleutevollversammlung zu eigenen Zwecken über einen kollektiv verfaßten Aufruf, die BGL oder staatliche Leitungsebene abzusetzen, bis hin zur Formierung einer Initiativgruppe zur Gründung einer unabhängigen Interessenvertretung. Die Verteilung dieser Vorgänge scheint dem bekannten Süd-Nord-Gefälle, also dem Industrialisierungsgrad der DDR-Wirtschaft zu folgen. Da es aber bisher kaum Untersuchungen aus den nördlich von Berlin gelegenen Betrieben gibt, steht eine endgültige Antwort noch aus. Offenbleiben weiterhin solche Fragen, die den Unterschied in Groß- und Kleinbetrieben betreffen sowie den Vergleich von Branchen und Industriezweigen.

2. An die Frage des Umfangs, den betriebliche Aktionen im Herbst 1989 tatsächlich einnahmen, schließt sich ganz unmittelbar die nach der Bedeutung an, den der Betrieb für den gesamten Verlauf der Wende hatte. Sollte sich herausstellen, daß in der Mehrzahl der Betriebe Belegschaftsangehörige mit ihren Aktionen für die entsprechenden Veränderungen dort eingetreten sind und sich ihre Forderungen um die Fragen der betrieblichen „Wende“ zentrierten, dann sind derartige Einschätzungen der DDR-Revolution als „Freizeit- oder Konsumentenrevolution“ zu korrigieren, wenigstens zu überprüfen. Es gibt eine Fülle von Belegen dafür, daß der Betrieb als Ort des Wendegeschehens und eine dort entstehende Öffentlichkeit sowie betriebliche Themen – von der Abschaffung der Kampfgruppen bis zur Forderung nach einer effektiven Betriebsführung – die Gemüter nicht weniger erregten als die Straßendemonstrationen. Zu überprüfen wäre in diesem Zusammenhang, ob sich in den unzähligen Papieren, in und außerhalb von Betrieben formuliert bzw. verlesen, in den an die staatlichen und gewerkschaftlichen Leitungsgremien gerichteten Briefen und Eingaben, nicht ebensoviel (oder mehr) Forderungen nach einer Veränderung betrieblicher Zustände finden lassen wie solche nach Veränderungen politischer Rahmenbedingungen.

3. Der zeitliche Ablauf ist bisher auch noch nicht hinreichend geklärt, in den diese Betriebsvorgänge einzuordnen sind. Es scheint so, als wäre der betriebliche Aufbruch zeitversetzt zu den Demonstrationen einige Wochen später erfolgt, als hätte sich der Schwerpunkt einer politischen Revolution im November/Dezember in die Betriebe verlagert, wo sie nunmehr einen stärker sozialen Charakter annehmen sollte. Allerdings ist dieses Zusammenspiel zwischen der außerbetrieblichen und innerbetrieblichen Entwicklung bisher ebensowenig systematisch dargestellt worden, wie die Bedeutung, die die Betriebe für den Verlauf und den letztendlich politischen Ausgang der Entwicklung der Demokratiebewegung insgesamt hatten. Das ist angesichts ihrer Schlüsselstellung im Herrschaftsgefüge des SED-Regimes verwunderlich. Deren herausragender Platz läßt vielmehr die These zu, daß ohne den Zusammenbruch der Machtstrukturen in den Betrieben der DDR die Revolution 1989 auf der Straße ohne Erfolg geblieben wäre. Um

<sup>4</sup> Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannt Seite der DDR-Revolution. Diskussion-Dokumentation-Analysen, hg. v. Bernd Gehrke und Renate Hürtgen, Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll-Stiftung, 2001. Der Tagungsband ist über das Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll-Stiftung, Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin zu beziehen.

den Charakter der Ereignisse 1989 in der DDR zu begreifen – so viel läßt sich bereits jetzt schon behaupten – muß die Demokratiebewegung in den Betrieben sowohl als eigenständiger und wirkungsvoller Faktor im Gesamtgeschehen, als auch in seiner Wechselbeziehung zu anderen Vorgängen dargestellt werden.

4. Noch ein weiterer Fakt spricht dafür, die betrieblichen Vorgänge als Bestandteil der allgemeinen Demokratiebewegung zu analysieren. Bei näherer Betrachtung der bereits bekannten Beispiele wird sichtbar, wie eng die Beziehung zwischen den Akteuren der Bürgerbewegungen, oppositionellen Gruppen und Parteien und den Aktivisten einer Betriebswende waren. Nicht selten traten die gleichen Personen in Aktion, in den meisten Fällen hatten sie wenigstens Kontakt zu den neuen Bewegungen aufgenommen, aus deren Existenz sie politische und moralische Unterstützung gewannen. Umgekehrt profitierten die außerbetrieblichen Gruppen von den innerbetrieblichen Initiativen, mit deren Anliegen sie sich auseinandersetzen mußten und die ihnen häufig die jedermann bewegenden Themen lieferten. Das Verhältnis beider Bewegungen war nicht unkompliziert und ging bekanntermaßen in der allgemeinen und Medienöffentlichkeit lediglich zugunsten der einen aus. Für diese einseitige Interpretation der „Wende“ als Aktion kirchlicher und bürgerbewegter politischer Gruppen/Menschen gibt es eine Erklärung, den tatsächlichen Abläufen und Beteiligungen entspricht sie jedoch nicht.

5. Die Rolle der Akteure in den Betrieben ist bisher in der Literatur auf wenige Aussagen reduziert. So wird zu Recht hervorgehoben, welche Bedeutung die Angestellten, unter ihnen vor allem die technischen Angestellten, als aktive Belegschaftsgruppe hatten. Weniger bekannt ist, in welchen Zusammenhängen sich die Beschäftigten aus der Produktion aktiv verhielten, und gar nicht untersucht wurde bisher, um welche Altersgruppen es sich handelte und wie die Beteiligung der Frauen war. Ohne diesen Zusammenhang ist jedoch bspw. die Frage nach den Traditionen nicht beantwortbar, an die die Betriebswende-Aktivisten anknüpften bzw. nicht anknüpfen konnten, weil ihnen diese verlorengegangen waren. Zu den Akteuren in den Betrieben gehörten ebenfalls viele meist ehrenamtliche Funktionäre der Gewerkschaft, die unter Ausnutzung der vorhandenen Strukturen eine Erneuerung der BGL anstrebten. Alles in allem ist bisher noch nie der Versuch gemacht worden, die verschiedenen Akteursgruppen in den Betrieben in Beziehung zu ihren jeweiligen Anliegen und Forderungen zu setzen, um so Einsichten in die unterschiedlichen Lagen der Beschäftigten eines DDR-Betriebes zu erhalten, aber auch, um den Verlauf und den Charakter der Betriebswende zu begreifen.

6. Als Vorboten einer „Wende“ in der DDR werden nicht zu Unrecht die ansteigenden Zahlen der „Ausreiser“ sowie die ersten größeren Zusammenkünfte in den Räumen der Kirche und in deren Umfeld genannt. Die parallel dazu in den Betrieben der DDR im Sommer und Frühherbst 1989 sich ereignenden „besonderen Vorkommnisse“ – deren Anzahl ebenfalls sprunghaft anstieg und die nicht weniger zu den Anzeichen eines unmittelbar bevorstehenden Umbruchs gehörten

– werden dagegen kaum benannt. Das führt in mehrerer Hinsicht zu einem verzerrten Bild vom Ablauf und vom Charakter der dann folgenden Ereignisse.

Jetzt erst und unter Einbeziehung dieser betrieblichen Vorgänge wird erkennbar, daß der „Straßenrevolution“ eine Reihe „unerhörter Begebenheiten“ auch in den Betrieben vorausging, ohne die eine solche Eskalation gar nicht denkbar gewesen wäre. Anders gesagt: Erkennt man die betriebliche Wende als Teil der Demokratiebewegung, einschließlich ihrer frühen Vorboten und unmittelbaren Anlässe im Herbst 1989, läßt sich ein Beitrag zu der vieldiskutierten und wie es scheint immer noch nicht entschiedenen Frage nach dem Charakter der „Wende“ als Revolution oder Implosion leisten. Sie erscheint dann nämlich nicht mehr derart unvermittelt und „subjektlos“ oder reduziert auf die wenigen Oppositionellen und Bürgerrechtler, wie es eine Darstellung ohne Einbeziehung der Demokratiebewegung in den Betrieben leicht suggerieren könnte.